

... Im Überblick ...

Zusammengestellt von Uwe Pinno

Militär zurück auf den Straßen

Nachdem am 9. Januar die *Operation Clean Heart* beendet schien und große Teile des Militärs wieder in die Kasernen verlegt worden waren, sind kleinere Einheiten jetzt auf die Straßen Dhakas und fünf weiterer Städte zurückgekehrt. Dies wurde notwendig, nachdem Gewalt, Kriminalität und Erpressung unmittelbar nach Abschluß der Großaktion (SÜDASIEN berichtete) erneut eskalierte. So ereigneten sich allein in den letzten Wochen mehr als 200 Morde.

Während der *Operation Clean Heart* war die Verbrechensrate auf ein Minimum gesunken. Doch wurden weder die Korruptionsstrukturen bekämpft, noch gelang es, die führenden Köpfe in der Szene der organisierten Kriminalität zu verhaften, die ins Ausland fliehen konnten und nun anscheinend wieder aktiv sind. Jetzt patrouillieren zusammen mit der Polizei auch wieder Militäreinheiten - vor Busstationen, Fähranlegestellen, Super-

märkten und - mit Blick auf die internationale Aufmerksamkeit erregenden Bombenattentate - vor Kinos. Heftige Diskussionen im Parlament löste der Plan der Regierung aus, den Soldaten volle Immunität gegenüber den Zivilgerichten zu gewähren. Denn während der Armeekaktion waren über 40 Inhaftierte unter mysteriösen Umständen zu Tode gekommen. Trotz internationaler Proteste sind die Anklagen gegen Armeeangehörige wegen Folter und Totschlag nicht weiter verfolgt worden.

Justizminister Moudud Ahmed machte gegenüber der internationalen Presse klar, daß Befürchtungen in Sachen Militärwillkür unbegründet seien. So habe man als vorbeugende Maßnahme angeordnet, daß Militärtruppen ab sofort nur noch gemeinsam mit Polizeiteams agieren dürften. Von Militärangehörigen Verhaftete müßten umgehend der Polizei übergeben werden, so der Minister weiter.

Wirtschaftswachstum von 5,4 Prozent erwartet.

Bangladesh erwartet laut Informationen der Zeitschrift *Far Eastern Economic Review* für das laufende Jahr ein Wirtschaftswachstum in Höhe von 5,4 Prozent. 2002 belief sich die Wirtschaftswachstumsrate noch auf 4,2 Prozent.

Nach Berechnungen der *Asian Development Bank* (ADB) muß die Wirtschaft des Landes jedoch jährlich um mindestens acht Prozent wachsen, damit das von den Vereinten Nationen deklarierte Ziel, die Armut bis 2015 um die Hälfte zu reduzieren, erreicht werden kann.

Trotz Kritik an der laut ADB wenig investorenfreundlichen Gesamtpolitik der Regierung werteten die ADB-Experten die Wirtschaftsprognose positiv.

Zudem kündigte ADB weitere Wirtschaftshilfen in Höhe von 560 Millionen US-Dollar an.

Vorbereitung auf den Irakkrieg

Mit Blick auf den drohenden Irakkrieg nahm Bangladesh mit Malaysia und China Verhandlungen auf, um Ölreserven im Ausland anzulegen. Im Fall eines Krieges sieht sich Bangladesh von den wichtigen Seewegen in der Golfregion abgeschnitten. Die landeseigenen Ölreserven würden ohne zusätzliche Lieferungen nur für knapp einen Monat reichen. Während des Krieges 1991 hatte Bangladesh Reserven in Singapur gelagert.

Die bereits letztes Jahr angekündigte Justizreform (SÜDASIEN berichtete) soll nun doch ab dem 27. April umgesetzt werden. Justizminister Moudud Ahmed kündigte am 6. Februar außerdem an, daß es Änderungen in den Verfahren geben

Mordprozeß Muhuri

Der Prozeß um den spektakulären Mord an Gopal Krishna Muhuri im November 2001 ist mit vier Todesurteilen zu Ende gegangen. Am 6. Februar sprach das Gericht die Angeklagten, allesamt Aktivisten der *Islami Chhatra Shibir*, schuldig, den Mord an dem Freiheitskämpfer Muhuri begangen zu haben, der für internationale Aufmerksamkeit gesorgt hatte. Muhuri, zum Zeitpunkt seines Todes Direktor des *Nazirhat College* in Chittagong, wurde ermordet in seiner Wohnung von den Tätern regelrecht hingerichtet.

Er galt nicht nur als prominenter Freiheitskämpfer im Unabhängigkeitskrieg, sondern auch als Hinduführer, der sich entschieden für Säkularismus einsetzte und für Toleranz und Humanität warb. Im Hinblick auf die immer wieder gewaltsam ausgetragenen politischen Konflikte in Schulen und Universitäten hatte er kurz vor seinem Tod jede offene politische Agitation an dem *College*, dem er vorstand, verboten.

Weitere Abkommen mit China

Nach einer bereits existierenden Vereinbarung über ein gemeinsames Handelsstraßenprojekt unterzeichneten Bangladesh und China nun ein Abkommen über ein bilaterales Verteidigungsbündnis mit China. Insbesondere Indien ist nach Berichten der *Far Eastern Economic Review* besorgt über die neuen Entwicklungen, auch der verhaßte Nachbar Pakistan unterhält Beziehungen zu China unterhält.

Justizreform

werde, die Verbrechen an Frauen und Kinder betreffen. Die gesetzliche Grundlage für Verfahren weise nach Worten der Ministers zu viele Schlupflöcher auf, die in diesen Fällen zum Nachteil von Frauen und Kinder genutzt werden könnten.

Streit um Anti-Terror-Maßnahmen der USA

Zusätzlich zu den verschärften Einreisebestimmungen für Bangladeshis in die USA gaben US-Regierungsstellen am 9. Januar bekannt, daß sich auch die bereits im Land befindlichen Bangladeshis per Fingerabdruck registrieren lassen müssen. Hierzu wurde ihnen eine Frist bis zum 25. April eingeräumt. Bangladesh steht somit nicht nur auf der von den USA aufgestellten und mittlerweile 24 Länder umfassenden Liste terrorverdächtiger Staaten, sondern gehört neben Kuwait, Ägypten, Jordanien, Indonesien, Afghanistan und Pakistan zu den Ländern, deren Bürger unter die neue Registrierungsbestimmung fallen.

Regierungs- und Oppositionsparteien in Dhaka reagierten mit Bestürzung und gegenseitiger Schuldzuweisung. An die Adresse von Sheik Hasina gerichtet, die immer wieder im Ausland der Regierung vorgeworfen hatte, sie beherberge Terror-

risten, erklärte Premierministerin Khaleda Zia gegenüber der Tageszeitung in der Ausgabe vom 22. Januar, man könne zwar gegen die Regierungspartei sein, aber es sei nicht akzeptabel, daß irgendjemand *Statements* abgebe, die gegen die Interessen der Menschen in Bangladesh gerichtet seien. Die Oppositionspartei AL forderte indessen die Absetzung der beiden Minister, die in der Koalitionsregierung von der *Jamaat-e-Islami* gestellt werden, da diese Partei Kontakte zu radikalen Islamisten unterhalte.

Während einer Parteiversammlung warnte die AL vor den möglichen Folgen der Ausweisung von Bangladeshis aus den USA, deren Aufenthaltsgenehmigung abgelaufen seien. Denn die im Ausland lebenden Bangladeshis stellen mit ihren Geldtransfers zugunsten ihrer Familien in der Heimat einen der größten Devisenquellen des Landes dar.

Grenzkonflikt mit Indien: 213 Bengalen stranden im Niemandsland

Am 22. Januar stoppten bangladeshische Grenzpatrouillen einige Busse aus Indien mit insgesamt 213 Bengalen an Bord und verweigerten ihnen die Einreise nach Bangladesh. Die Bengalen - darunter 27 Frauen und 28 Kinder - seien indische Moslems, die von der indischen Regierung nach Bangladesh abgeschoben werden sollten, hieß es zur offiziellen Begründung. Indien dagegen behauptete, es handele sich bei der Gruppe vielmehr um illegale Einwanderer aus Bangladesh und verweigerte ihnen ihrerseits die Rückreise nach Indien. Ohne ausreichende Versorgung strandeten die bengalisch sprechenden Reisenden somit im Abschnitt Lalmonirhat-Cochbihar im Niemandsland der indisch-bangladeshischen Grenze.

In den letzten Monaten war es immer wieder zu Ausweisungen von Bengalen nach Bangladesh gekommen. Offiziell bestreitet Bangladesh die Existenz von il-

legal in Indien lebenden bangladeshischen Bürgern. Die indische Regierung spricht dagegen von insgesamt 20 Millionen illegalen Flüchtlingen aus Bangladesh. Zudem verschlechterte sich das Verhältnis zwischen den beiden Staaten durch gegenseitige Vorwürfe, die jeweils andere Seite würde Terroristen Unterschlupf gewähren, beziehungsweise terroristische Trainingscamps tolerieren. So scheiterten auch in diesem Grenzkonflikt die ersten Gespräche schon nach 45 Minuten.

Während der Vorfall an der Grenze immer weitere Kreise zog und sich die Positionen verhärteten, mußten die Gestrandeten tagelang ohne ausreichende Versorgung zwischen den Grenzen campieren. Am 3. Februar meldeten bangladeshische Nachrichtenagenturen Feuergefechte zwischen den Grenztruppen beider Länder: Von indischer Seite sei unprovokiert geschossen worden, worauf

Blutige Kommunalwahlen

Die *Union Parishad*-Wahlen haben in einigen Regionen Bangladeshs blutig begonnen. Am 9. Februar feuerten Unbekannte in Khulna in die Menge und warfen Handgranaten. Eine Frau wurde getötet und vier weitere Personen schwer verletzt. Im Zusammenhang mit dem Anschlag verhaftete die Polizei den 28-jährigen Kandidaten Osman Ali, der selbst mit einer Pistole bewaffnet war.

In Coxbazar stürmten 200 bewaffnete Anhänger der Wahlverlierer eine Schule, die als Wahllokal diente. Beim Zusammenstoß mit den Ordnungskräften wurden über hundert Personen verletzt.

In Munshiganj wurde ein Mann im Kreuzfeuer getötet. Bei den Wahlen werden nicht die üblichen Parteien gewählt, sondern Kandidaten. Doch ist der Einfluß der Parteien auf die Kandidaten enorm. Eine landesweite Kommunalwahl wurde zuletzt 1997 durchgeführt.

Bangladesh entsprechend reagiert habe. Insgesamt seien 30 Grenzbeamte verletzt worden. Indien hingegen bestritt den Vorfall.

Dennoch begann die indische Seite am 4. Februar im Grenzgebiet zu Bangladesh mit der Evakuierung von 5.000 Zivilisten. Beide Seiten verlegten zusätzliche Truppen in die Konfliktregion. In der Nacht zum 5. Februar aber verschwanden die 213 Gestrandeten spurlos. Indien ließ hierzu verlauten, sie seien nach Bangladesh ausgereist; Bangladesh dagegen behauptete, die Gruppe sei nach Indien zurückgekehrt.

Die akute Situation ist somit entschärft, der Konflikt aber noch nicht gelöst. Am 16. Februar trafen sich Vertreter beider Länder in Delhi, um über ihre Positionen zu verhandeln. Weitere Gespräche sind für April geplant (siehe hierzu auch die Indien-Berichterstattung in dieser Ausgabe).

Terroristen sprengen sich selbst in die Luft

Organization. Im oberen Stockwerk, das ebenfalls von Lehrkräften der Koranschule genutzt gewesen sein soll, fand die Polizei weitere Sprengsätze, Gewehre und Pistolen. Die *Madrassab*-Lehrer wurden verhaftet.

Nach Abschluß der *Operation Clean Heart*

häufen sich in Bangladesh Unglücke bei der Herstellung von Sprengsätzen, da im Rahmen der Militäraktion viele Waffenlager vernichtet wurden. So starben am 13. Februar auch in Barisal zwei Männer bei dem Versuch, Sprengsätze herzustellen.